



---

## **Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses**

13. Sitzung (öffentlich)

18. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitz: Helmut Stahl (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1** **Einrichtung einer Leerstelle der VergGr. AT entsprechend Bes.Gr B 4 BBesO bei Kapitel 14 010 Tit. 425 10 gemäß § 7 Abs. 4 S. 3 i. V. m. S. 4 HG 2001**

1

Vorlage 13/862

Der Unterausschuss stimmt der Einrichtung der o. g. Leerstelle mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der FDP in Abwesenheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

**2 Verschiebungen zwischen den Laufbahngruppen 2**

Vorlage 13/861

- Diskussion
- Ein Vertreter des Finanzministeriums sagt die Fortführung der in der Vorlage 12/2669 begonnenen Berechnungen zu.

**3 Leistungsbezogene Besoldung 3**

- Diskussion
- Ein Vertreter des Finanzministeriums wird dem Gutachterdienst Zahlen über die Ausgabenentwicklung bei den Personalkosten für den Haushalt 2001 zuleiten.

**4 Situation der schwerbehinderten Auszubildenden in der Landesverwaltung**

Vorlage 13/755

4

- Diskussion

**5. a) Übersicht über die im Haushaltsvollzug 2000 realisierten kw-Vermerke aufgrund von Organisationsuntersuchungen des Arbeitsstabes Aufgabenkritik und der sonstigen kw-Vermerke 5**

Vorlage 13/806

- Der Unterausschuss will Fragen zu dem o. g. Komplex im Rahmen der Diskussion mit dem Leiter der Personalagentur erörtern.

- Ein Vertreter des Finanzministeriums sagt zu, die der Vorlage beigefügten Anlage in der Darstellung anzugleichen und transparenter auszugestalten.

**5. b) Abschließende Übersicht der durchgeführten Untersuchungen der Ministerien, nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen sowie Organen der Rechtspflege, geordnet nach Geschäftsbereichen**

7

(Stand: 20.07.2001)

Vorlage 13/823

- kurze Diskussion

**6 Vorbereitung der Anhörung der Berufsverbände (s. Anlagen 1 und 2)**

7

- Diskussion
- Der Unterausschuss stimmt der Anregung des Vorsitzenden zu, die Anhörung in diesem Jahr wie geplant (s. Anlage 1) durchzuführen, aber die Verbände anzuschreiben mit dem Hinweis, sie mögen sich zusätzlich auf eine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Veranstaltung vorbereiten.

**7 Terminplanung Herbst 2001 (s. Anlage 3)**

9

Über eine eventuelle Verlegung der Termine 13. November und 3. Dezember soll unter den Obleuten noch einmal beraten werden.

Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses  
13. Sitzung (öffentlich)

18.09.2001  
ni-mj

Seite

**8 Verschiedenes**

10

**a) Einführung eines "Parlamentscontrollings"**

Der Unterausschuss verständigt sich darauf, am Rande des nächsten Plenums über das endgültige Vorgehen zu beraten.

**b) Zuständigkeit des Ausschuss für das Personal in den Landesbetrieben (Abgrenzungsproblematik zum Unterausschuss "Landesbetriebe und Sondervermögen")**

Der Unterausschuss verständigt sich darauf, unter den Obleuten eine Lösung zu suchen.

**9 Versorgungslasten**

11

Vorlage 13/866

Antwort auf die Kleine Anfrage 479

Drucksache 13/1445

- ausführliche Diskussion
- Das Finanzministerium will im Ausschuss über die Ergebnisse des am nächsten Tag stattfindenden Stadttor-Gesprächs zu diesem Thema berichten.

\*\*\*\*\*

**MR Landwehr (FM)** begründet den angeblich mangelhaften Abbau von kw-Vermerken im Finanzressort mit der Ausbringung von 1.477 zusätzlichen kw-Vermerken erst in diesem Jahr.

**MR Landwehr** sagt zu, die Anlagen in der Darstellung anzugleichen und transparenter auszugestalten. Allerdings leide die Übersichtlichkeit, schlüsselte man jeweils die Verlagerungen auf.

**Vorsitzender Helmut Stahl** bittet, die Personalstärke zum Zeitpunkt X minus der kw-Vermerke auszuweisen, um es den Abgeordneten zu ermöglichen, über mehrere Jahre hinweg den tatsächlichen Wegfall bzw. Zufluss von Stellen nachzuvollziehen.

**5. b) Abschließende Übersicht der durchgeführten Untersuchungen der Ministerien, nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen sowie Organen der Rechtspflege, geordnet nach Geschäftsbereichen (Stand: 20.07.2001)**

Vorlage 13/823

**Vorsitzender Helmut Stahl** bezieht sich auf S. 2 der Vorlage, auf der es heiße:

"Der Arbeitsstab Aufgabenkritik und die ihm angegliederte Personalagentur sind zum 24.07.2001 in die Abteilung VI des Finanzministeriums integriert worden. Die Aufgabenkritik wird nun verstärkt die Gesamtstruktur der Landesverwaltung ins Blickfeld nehmen, insbesondere werden Aufgaben, Strukturen, Verfahren und Prozesse ebenenübergreifend überprüft."

Seiner Meinung nach hätte man diesen Schritt vor den nunmehr abgeschlossenen gehen können und müssen.

**RR Meichsner (FM)** ergänzt auf eine Bemerkung des **Vorsitzenden** hin, die Beratungen mit den Ressorts über das Verfahren zur Untersuchung der Gesamtstruktur liefen noch. Einen Abschluss erwarte man Ende dieses Jahres. Der Finanzminister werde dann gerne berichten.

**6 Vorbereitung der Anhörung der Berufsverbände (s. Anlagen 1 und 2)**

**Vorsitzender Helmut Stahl** äußert für Teile der Kritik (s. Anlage 2) insofern Verständnis, als sowohl die Mitglieder des Unterausschusses als auch die Vertreter der Berufsverbände um die extrem geringen Handlungsräume für Veränderungen wüssten.

Dennoch sollte es bei der bisher üblichen Praxis bleiben, sich die Überlegungen der Berufsverbände gesammelt vortragen zu lassen. Sinnvoll wäre es aber vielleicht, dies etwas früher als bisher zu tun, um den Abgeordneten und der Landesregierung zumindest die Gelegenheit zu eröffnen, einzelne Vorhaben zu überdenken.

**Gisela Walsken (SPD)** zeigt sich irritiert über den Weg der Kritik, zumal sie bereits vor zwei Jahren den Versuch unternommen habe, die Anhörung neu zu strukturieren. Dass es bei der alten Form geblieben sei, hänge sicherlich auch damit zusammen, dass die Verbände nicht nur diese Anhörung als Forum nutzten, sondern nach wie vor ihre Anliegen in den einzelnen Fraktionen vortrügen. Ihre 12-jährige Erfahrung mit Haushaltsberatungen zeige, dass das in den Fraktionen und das im offiziellen Statement Vorgetragene oftmals weit auseinanderklaffe, und zwar sowohl im Hinblick auf die Tiefe der Information als auch die Gewichtung der Forderungen.

Sie schlage vor, zu Beginn der diesjährigen Anhörung mit den Vertretern der Berufsverbände das Verfahren zu erörtern bis hin zu einem Verzicht auf die Anhörung zugunsten der in den Fraktionen stattfindenden Gespräche. Die Kritik über die Medien empfinde sie auch deshalb als nicht sehr schön, weil die Abgeordneten trotz der eingeschränkten Spielräume immer bemüht gewesen seien, auf die Interessen der Berufsverbände einzugehen und verbliebene Möglichkeiten zu nutzen.

**Angela Freimuth (FDP)** befürwortet eine Diskussion über die mit dieser Anhörung verbundenen Erwartungen, und zwar nicht zuletzt, wie von Gisela Walsken beschrieben, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Qualität der Informationen in der offiziellen Anhörung und den Fraktionen gegenüber.

Um einerseits den Berufsverbänden in dem Wunsch gerecht zu werden, ihre Anliegen ausführlich darlegen zu können, und andererseits dem Bestreben der Abgeordneten, nicht nur formal einige kurze Nachfragen formulieren zu dürfen, sondern sich vertieft kundig zu machen, böte es sich eventuell an, die Berufsverbände erstens nicht alle an einem Tag einzuladen und zweitens früher, unter Umständen Anfang Oktober, mit den Gesprächen zu beginnen.

**Rolf Seel (CDU)** bezeichnet es als traurig, dass eine Änderung des Verfahrens seit 15 Jahren - damals hätten sich die Verbände schon einmal öffentlich beklagt - auf sich warten lasse. Die jetzigen Modalitäten, vor allem die zeitlichen, machten die Anhörung zu einer Alibiveranstaltung; denn jeder kenne die Gepflogenheit, dass die Fraktionen einige Tage vor der zweiten Lesung ihre Beratungen natürlich beendet hätten. Er plädiere deshalb entweder für eine Anhörung direkt nach der ersten Lesung oder aber den gänzlichen Verzicht auf diesen Termin angesichts der ohnehin stattfindenden Gespräche zwischen den Berufsverbänden und den Fraktionen.

**Gisela Walsken (SPD)** widerlegt den Vorwurf, es wäre nie zu Veränderungen im Personalbereich des Haushaltsplanentwurfs gekommen: Oftmals habe es Veränderungen, und zwar häufig von allen Fraktionen im Unterausschuss getragen, gegeben. Die Darstellung der Berufsverbände, sie trügen vor, doch es passierte nichts, verzerre das Bild: Zugegebenermaßen beruhten die Veränderungen meist nicht auf der Anhörung der Berufsverbände, aber sehr wohl auf den über das ganze Jahr hinweg von den Verbänden mit den Fraktionen geführten Gesprächen. Bei diesem Gremium handele es sich also nicht um eine Runde von Ignoranten, die an dem von der Landesregierung Präsentierten mit aller Kraft festhalte.

**MR Donath (Landtagsverwaltung)** teilt den Wunsch der Berufsverbände mit, die Anhörung frühestens vier Wochen nach Eingehen der Druckstöcke der Haushaltspläne durchzuführen. Lieber wäre ihnen eine Frist von sechs Wochen, da sie ihre Unterverbände an der jeweiligen Stellungnahme beteiligen müssten. Im letzten Jahr hätten sie in diese Richtung massiven Druck ausgeübt und die Verschiebung der Veranstaltung nochmals um eine Woche nach hinten gefordert.

**Rolf Seel (CDU)** bezweifelt nicht den von MR Donath geschilderten zeitlichen Ablauf, was die Einbeziehung der Landtagsverwaltung anbelange, doch verfügten die Gewerkschaften bereits vor Beschlussfassung im Kabinett über Haushaltsplanentwürfe zu einem Zeitpunkt - diesbezügliche Stellungnahmen der Verbände zeigten dies immer wieder -, zu dem die Abgeordneten selber noch nicht einmal etwas von den geplanten Ansätzen wüssten. Das heiße: Zur ersten Lesung wären die Gewerkschaften durchaus in der Lage, ihre Meinung offiziell zu verkünden.

Der **Unterausschuss** stimmt der Anregung des **Vorsitzenden** zu, die Anhörung in diesem Jahr wie geplant (s. Anlage 1) durchzuführen, aber die Verbände anzuschreiben mit dem Hinweis, sie mögen sich zusätzlich auf eine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Veranstaltung vorbereiten.

## 7 Terminplanung Herbst 2001 (s. Anlage 3)

Über eine eventuelle Verlegung der Termine 13. November und 3. Dezember soll unter den Obleuten noch einmal beraten werden.



Anhörung zum Entwurf des Personalhaushalts 2002  
am 23. Oktober 2001 (Zeitraumen 13.30 bis 17.30 Uhr)

A. Statements zu Schwerpunktthemen

1. Realisierung von kw-Vermerken und haushaltsrechtliche Maßnahmen zur Beschleunigung des Abbaus von Stellen
2. Altersteilzeit und 58er-Regelung
3. Leistungsbezogene Besoldung
4. Ausbildung in der Landesverwaltung
  - Besetzung von Ausbildungsstellen
  - Übernahme von Auszubildenden
5. Erfahrungen mit der Personalausgabenbudgetierung
6. Personalsituation in den Finanzämtern

B. Weitere Stellungnahmen - nur soweit gewünscht - zu den Einzelplänen

Inneres	- Einzelplan 03
Justiz	- Einzelplan 04
Schule	- Einzelplan 05
Wissenschaft	- Einzelplan 05
Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr	- Einzelplan 08
Steuerverwaltung	- Einzelplan 12
Bauverwaltung	- Einzelplan 14



NW - Magazin, April 2001

## Schaulaufen im Landtag NRW

Es ist seit Jahren Tradition, dass sich der Landtag zum Personalhaushalt auch von Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Verbänden sachkundig machen lässt. Sachkunde gehört dazu, wenn der Landtag seinen Verfassungsauftrag erfüllen will, die Landesregierung zu kontrollieren. Für den Personalhaushalt heißt das, erforderliche Korrekturen im Verlauf der zweiten und dritten Lesung zum eingebrachten Haushaltsentwurf zu beschließen.

So hatte Landtagspräsident Ulrich Schmidt auch zum Gesetzentwurf 2001 zur Anhörung vor dem federführenden Unterausschuss „Personal“ eingeladen. Also: „The same procedure as every year“. Die Einladung zum 9. Januar 2001 erreichte den Beamtenbund am 14. Dezember 2000. Somit hatten der Landesbund und seine Mitgliedsorganisationen in den Tagen kurz vor, zwischen und kurz nach Weihnachten/Silvester Zeit, die qualifizierten Stellungnahmen vorzubereiten. Das war dieselbe Zeit, in der sich die Land-

tagsabgeordneten in den Parlamentsferien über Weihnachten und Silvester befinden.

Nun, die Anhörung findet letztendlich am 16. 1. 2001 statt. Die DBB-Delegation mit Franz-Josef Rinkens, Carsten Nottebrock, Wolfgang Römer, Geschäftsführer Eberhard Hanusch und Meinolf Guntermann trifft sich im Landtag. Den Mitgliedern des Unterausschusses liegt eine schriftliche Stellungnahme des DBB vor, die dieses Jahr 23 DIN A 4-Seiten umfasst. Die Delegation verständigt sich darauf, nur noch gewerkschaftspolitische Schwerpunkte anzusprechen und einige Ergänzungen vorzunehmen. Schließlich sollen die Abgeordneten nicht verärgert werden, denn bei der Begrüßung wird der Vorsitzende wieder darauf hinweisen, dass die vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen internalisiert (lt. Duden: sich unbewusst zu Eigen machen) worden sind und als bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Die Anhörung beginnt um 13.30 Uhr. Zunächst kommen die Vertreter des DGB zu Wort.

Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: KEINE!

Dann Franz-Josef Rinkens: Stellenabbau ohne Aufgabenkritik, Arbeitsverdichtung, leistungsbezogene Bezahlungselemente, Versorgungsrücklage, Einschnitte im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrecht, Stellendeckungsprinzip, Altersteilzeit und mehr! Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: KEINE!

Dann Carsten Nottebrock: Stellenabbau, Personalagentur, Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: KEINE!

Dann Meinolf Guntermann: Kw-Vermerke, 58er-Regelung, Umgang mit Beschäftigten und deren Lebensplanung. Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: KEINE!

Dann Wolfgang Römer: Theorie und Praxis beim Einsatz neuer Informationstechniken, Einbahnstraße und Personalfehlbestand im Strafvollzug, kritische Situation im einfachen und mittleren Dienst der Justiz, Ausbildung Gerichtsvollzieher. Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: KEINE!

Noch einmal Guntermann: Arbeits- und Personallage in der Steuerverwaltung, Istbesetzung im gehobenen Dienst unter dem Stellensoll nach Organisationsuntersuchungen. Reaktion oder Fragen der Abgeordneten: keine?

Doch eine Reaktion! Das Ausschussprotokoll registriert dank der Aufmerksamkeit der Stenografen eine klare Äußerung der SPD-Abgeordneten Gisela Walsken: „Wir setzen nicht um.“

Das war die eindeutige Ablehnung des Vorschlages, diesen Maßnahmenkatalog zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Finanzämter aufzugreifen und umzusetzen.

Der kurze Zwischenruf, der nur vom Parlamentsstenografen wahrgenommen wurde, bestätigte im Nachhinein den am Ende der (akustischen) Anhörung bei der DBB-Delegation entstandenen Eindruck: Das war's! 150 Minuten Schaulaufen im Landtag. Am Haushaltsentwurf war sowieso nichts zu ändern. Aber der Landtag hatte ja angehört.

*Meinolf Guntermann*

- 2. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Jul							1	) sitzungsfrei
	2	3	4	(5	6	7	8	) - " -
	9	10	11	12	13	14	15	) Sommerpause
	16	17	18	19	20	21	22	) vom 25.06.2001
	23	24	25	26	27	28	29	) bis 26.08.2001
August	30	31	1	2	3	4	5	) - " -
	6	7	8	9	10	11	12	) - " -
	13	14	15	16	17	18	19	) - " -
	20	21	22	23	24	25	26	) - " -
September	27	28	29	30	31	1	2	) Sitzungswoche
	3	4	5	(6	7	8	9	) 1. Lsg. Einbringung HG 2002
	10	11	12	13	14	15	16	) 1. Lsg. Beratung HG 2002
	17	◇18	19	(20	21	22	23	) - " -
	24	25	26	27	28	29	30	) - " -
Oktober	1	◇2	3	4	5	6	7	) - " -
	8	9	10	11	12	13	14	) sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	) - " -
	22	◇23	24	(25	26	27	28	) Sitzungswoche
November	29	◇30	31	1	2	3	4	) - " -
	5	◇6	7	(8	9	10	11	) - " -
	12	◇13	14	15	16	17	18	) - " -
	19	20	21	22	23	24	25	) sitzungsfrei
Dezember	26	27	28	(29	30	1	2	) Sitzungswoche
	◇3	4	5	(6	7	8	9	) - " -
	10	11	12	13	(14	15	16	) 2. Lesung Haushalt 2002
	17	18	19	20	21	22	23	) 3. Lesung Haushalt 2002
	24	25	26	27	28	29	30	) Weihnachtspause
	31							) vom 24.12.2001 - 05.01.2002

- ⇒ Plenarsitzungstage
- ( ) ⇒ Schulferien / \_ = Bundesrat
- ⇒ Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses
- ◇ ⇒ Sitzungen des Unterausschusses "Personen"  
Beginn jeweils um 14.00 Uhr

23.10. ⇒ 13.30 Uhr - Anhörung der Berufsverbände  
3.12. ⇒ 14.00 Uhr - Schluss-Sitzung zur 2. Lesung